1|23 Januar/ Februar

PRO LIBERTATE

Mitteilungen

Schweizerische Vereinigung für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde

editorial

Dr. iur. Patrick Freudiger
Vizepräsident PRO LIBERTATE,
Grossrat und Stadtrat,
Rechtsanwalt, Langenthal
p.freudiger@besonet.ch

Grüne Energiepolitik in der Sackgasse

Sonderbare Szenen in Deutschland: Der Weiler Lützerath wird abgerissen, um die dortigen Braunkohlevorkommen nutzbar zu machen. Klima-Aktivisten haben versucht, die beschlossene Räumung zu blockieren, einige davon mit Gewalt. Die Kohlenutzung mitabgesegnet hat ausgerechnet der grüne Vizekanzler Robert Habeck. Die Kohle-Ausbeutung wurde auch deshalb nötig, weil Deutschland zu schnell aus der Kernenergie ausgestiegen ist und es dringend kurzfristig eine Alternative brauchte, um die Energieversorgung sicherzustellen und die Abhängigkeit von russischem Gas zu reduzieren. Wenn Grüne in der Politik Verantwortung übernehmen müssen, reduziert sich der Spielraum für Klima-Aktivismus. Auch die Schweiz sieht sich mit Versorgungsengpässen konfrontiert. Es sind die Folgen einer ideologischen Energiepolitik: Ausstieg aus der Kernenergie, Reduktion fossiler Energieträger, gleichzeitig aber Projekte für erneuerbare Energien mit Verbandsbeschwerden von Umweltverbänden blockieren. Verhindern und verbieten darf nicht länger die Maxime unserer Energiepolitik sein.

MIT MÜNZ IMMER ETWAS FREIHEIT IM SACK

Lars Guggisberg
Nationalrat, Direktor Gewerbeverband Berner KMU, Kirchlindach BE

Der 7. Dezember vergangenen Jahres war ein denkwürdiger Tag. Zwei Mitglieder im Bundesrat wurden neu gewählt. In Erinnerung bleiben wird der Tag aber auch aufgrund der brillanten Abschiedsrede von Bundesrat Ueli Maurer.

Maurer stellte zunächst eine simple Frage, gefolgt von einer ebenso einfachen und einleuchtenden Antwort: «Weshalb ist die Schweiz seit 174 Jahren ein Spezialfall? Die Antwort findet sich in Artikel 2 der Bundesverfassung, wo steht: Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes».

Im Begriff der Freiheit liegt das Geheimnis unseres Staates. Ohne Freiheit keine Demokratie, und ohne Demokratie, ohne die Mitwirkung aller Stufen des Volkes ist diese Stabilität nicht zu erreichen. «Zu dieser Freiheit müssen wir Sorge tragen», stellte der abtretende Bundesrat fest, denn: «Die Freiheit war immer ein bisschen gefährdet – sie ist heute gefährdet und wird auch in Zukunft immer wieder gefährdet sein. Die Freiheit des Landes, aber auch die Redefreiheit, die Meinungsfreiheit – das alles sind Güter, die zur Stabilität in unserer Demokratie beitragen.»

Gemäss Ueli Maurer findet sich die Freiheit auch beim Geld: «Ein

gesunder Finanzhaushalt bedeutet Freiheit für schwierige Zeiten. Und es gibt nichts Einfacheres, als fremdes Geld auszugeben. Wenn Sie das 5-, 10- oder 20-Rappenstück genau betrachten, sehen Sie dort nicht etwa das Bildnis der Helvetia, sondern dasjenige der römischen Göttin der Freiheit, Libertas. Es schadet auch nicht, wenn wir das Bargeld behalten. Sie haben dann immer etwas Freiheit im Sack.» Zum Abschluss seines langjährigen Wirkens redete Ueli Maurer in seinem gewohnt klaren und unmissverständlichen Stil den Parlamentariern ins Gewissen. Zu Recht! Denn wir befinden uns finanzpolitisch seit Jahren im freien Fall.

Aber wer hat – nebst Corona – den Sturzflug in erster Linie zu verantworten? Nein, es ist nicht der abgetretene Finanzminister Ueli Maurer. Es sind die Mehrheiten im Bundesparlament. Es wird je länger je mehr zusätzlich Geld ausgegeben, das wir gar nicht haben. Und dies im Wissen, dass die Ausgaben von heute, die Steuern von morgen sind. Zu Lasten künftiger Generationen, zu Lasten von unseren Kindern und Grosskindern.

Das ständige Ausgabenwachstum ist zum Naturgesetz geworden. Die Bundesausgaben steigen seit Jahrzehnten stärker als das Bruttoinlandprodukt. Die Mehrheiten in Bundesbern haben in den letzten Monaten mehrere Beschlüsse gefasst, die zu massiven Mehrausgaben führen werden: Wie etwa die Gegenvorschläge zur Gletscher-Initiative und zur Prämien-Entlastungs-Initiative, eine Milliarde Franken mehr für die Migration, 1,2 Milliarden mehr für die SBB, 570 Millionen mehr für die familienergänzende Kinderbetreuung sowie Mehrausgaben für die Armee.

Foto: ZVG

Das ist, wie wenn man im Restaurant ein üppiges Essen bestellt und nicht weiss, wie man es bezahlen soll. Oder einfach davon ausgeht, dass dann schon ein anderer bezahlt. Der Bundeshaushalt kommt einem zuweilen vor wie ein Selbstbedienungsladen.

Nur: Wir müssen weg kommen von dieser Nice-to-have Politik. Wir müssen endlich bremsen und uns konzentrieren auf die Ausgabenposten, die aktuell unumgänglich sind. Wir müssen endlich damit beginnen, Prioritäten zu setzen. Wie der Bundesrat bereits im Oktober aufgezeigt hat, drohen tiefrote Zahlen, die es verunmöglichen, die Vorgaben der in der Verfassung verankerten, bewährten Schuldenbremse einzuhalten.

Dabei sind hauptsächlich jene Bereiche unter die Lupe zu nehmen, die in den letzten Jahrzehnten ausgabenseitig überdurchschnittlich und unverhältnismässig stark gewachsen sind: Insbesondere die soziale Wohlfahrt (+300 %) und die internationale Zusammenarbeit (+156 %), aber auch das Bundespersonal. Es wäre schon viel erreicht, wenn schon nur das Ausgabenwachstum gedrosselt würde.

In den Bereichen, in welchen die Ausgaben in den letzten Jahrzehnten mehr oder weniger stagniert haben, besteht aktuell weniger Handlungsbedarf. Bei der Landesverteidigung (nur +7 % seit 1990) gebieten der aktuelle Krieg in Europa sowie die sträfliche Vernachlässigung unserer Armee sogar Nachholbedarf und damit Mehrausgaben. Auch der Bereich Landwirtschaft und Ernährung (+46 %) sollte nicht weiterhin vernachlässigt werden, wenn wir unseren Selbstversorgungsgrad mit Lebensmitteln erhöhen und die Abhängigkeit von Importen verringern wollen. Fazit: Ein riesiger Schuldenberg wegen Corona, steigende Zinsen, ausbleibende Nationalbank-Ausschüttungen, eine unberechenbare Lage mit Krieg in Europa, eine unberechenbare Entwicklung der Energiepreise. Eine toxische Kombination. Sie verlangt, bei den Ausgaben endlich Mass zu halten und Prioritäten zu setzen.

Es muss jetzt damit angefangen werden, den finanzpolitischen Sturzflug zu bremsen. Der Notschirm muss jetzt gezogen werden, damit wir nicht bald unsanft auf dem Boden der Realität aufschlagen. Dazu braucht es spätestens im Herbst endlich echt bürgerliche Mehrheiten im Parlament. Und die Einsicht ALLER bürgerlichen Parteien, dass mit dem Steuerfranken endlich effizienter umgegangen werden muss. +

In dieser Ausgabe

1 Mit Münz immer etwas Freiheit im Sack
3 Landesflughäfen als kritische Infrastruktur: Alles klar? Leider nein.
4 Pekings Ziel: Die Weltherrschaft
5 Albert Schweitzer und sein Spital in Lambarene
6 Für den Frieden braucht es alle
6 Stimmrecht wegnehmen
7 Erkenntnisse aus dem Ukraine-Krieg für die Schweizer Armee

www.prolibertate.ch

PRO LIBERTATE
www.prolibertate.ch

Einladung zum öffentlichen Referat von

Olivier Kessler

Direktor LIBERALES INSTITUT *(www.libinst.ch)*

zum Thema: **«Ist die Blütezeit des Westens vorbei?»**

Samstag, 18. März 2023, Landgasthof Schönbühl, Alte Bernstrasse 11, 3322 Urtenen-Schönbühl
Beginn des Referats: 11.00 Uhr
(vorgängig um 10.15 Uhr: PRO LIBERTATE Hauptversammlung)

Landes-
versorgung

Landesflughäfen als kritische Infrastruktur: Alles klar? Leider nein.

Flughafen Zürich AG
Politikbrief Nr. 57, Winter 2022

Dass der Flughafen Zürich zur kritischen Infrastruktur der Schweiz zählt, ist in der Definition unbestritten. Nebst seiner Funktion als Schweizer Tor zur Welt gibt es noch weitere Gründe für diese Einstufung. Dieser Tatsache wird politisch nur ungenügend Rechnung getragen – es besteht Nachholbedarf.

Eine nüchterne Definitionsklärung vorneweg: Kritische Infrastrukturen (KI) stellen die Versorgung der Schweiz mit unverzichtbaren Gütern und Dienstleistungen wie Energie, Verkehr oder Kommunikation sicher. Fallen sie aus, drohen eine Beeinträchtigung der Bevölkerung und gravierende volkswirtschaftliche Schäden. Der Bund unterscheidet in seiner «nationalen Strategie zum Spektrum der kritischen Infrastrukturen (2018-2022)» zwischen neun KI-Sektoren und 27 Teilsektoren. Sämtliche Elemente, die Leistungen in einem Teilsektor erbringen (inkl. Betreiberfirmen, IT-Systeme, Anlagen, Bauten usw.), gelten als Teil der KI.

Zentral für nationales Transport- und Verkehrssystem

Die Infrastruktur Luftverkehr ist Teil des KI-Sektors Verkehr. Als wichtiger Faktor im nationalen Transport- und Verkehrssystem ermöglicht sie die Mobilität von Gütern und Personen, auf die Staat und Bevölkerung angewiesen sind. Dem interkontinentalen Luftverkehrsdrehkreuz in Zürich, das die Schweiz mit der Welt verbindet, kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Gemäss Definition des Bundes sind sowohl die Flughafeninfrastruktur wie auch die Flughafenbetreiberin «systemrelevant», weil deren Ausfall zu einer massiven oder kompletten Störung des Systems führen würde. Die Relevanz beschränkt sich aber nicht nur auf den Luftverkehr.

Der Flughafen Zürich ist ein Herzstück der wirtschaftlichen Struktur der Schweiz und entsprechend angreifbar. Foto: pixabay.com

Systemrelevant in mehrfacher Hinsicht

Am Flughafen Zürich bestehen zahlreiche Abhängigkeiten zwischen verschiedenen KI-(Teil-) Sektoren und deren Betreibern mit Systemrelevanz. Zum einen ist der Flughafen auch für Strasse und Schiene eine wichtige Drehscheibe. Zum anderen befinden sich hier die Notrufzentrale für Sanität und Feuerwehr im ganzen Kantonsgebiet, die Rega, Meteo Schweiz, das grösste Ambulatorium der Schweiz (Universitätsspital Zürich) und die SBB-Betriebszentrale (verantwortlich für einen Drittel des Schweizer Bahnverkehrs). Diese Organisationen werden von der Flughafen Zürich AG mit Fernwärme beliefert, was deutlich macht, wie wichtig eine gesicherte Energieversorgung am Flughafen auch während Mangellagen ist.

Beitrag zur Versorgungssicherheit

Die Pandemie und ihre Folgen haben verdeutlicht, wie wichtig ein funktionsfähiger Flughafen bei der Krisenbewältigung ist. Auch wenn es sich betriebswirtschaftlich bei Weitem nicht mehr lohnte, war der Flughafen Zürich geöffnet, damit Fracht-, Rückhol- und Ambulanzflüge jederzeit stattfinden konnten. Dank Eilsendungen per Luft konnte die Schweiz durchgehend mit wichtigen Schutzgütern und medizinischem Material versorgt werden.

Mehr politisches Bekenntnis

Um der Rolle des Flughafens Zürich als kritische Verkehrsinfrastruktur gerecht zu werden und seine Funktionsfähigkeit langfristig zu sichern, muss er stärker als solche berücksichtigt sowie geschützt werden. Zusätzliche Nutzungseinschränkungen, die den Betrieb, Unterhalt und die Anpassung an neue Entwicklungen am Flughafen Zürich erschweren, gilt es zu vermeiden. Aus Sicht der Flughafen Zürich AG braucht es stattdessen handfeste Bekenntnisse bei der strategischen Planung und die Schaffung von Rechtssicherheit: sei es in den Legislaturzielen und der Aussenpolitik des Bundesrats oder bei Themen wie der Energieversorgung, Cybersecurity, Verkehrspolitik von Bund und Kanton, Natur- und Heimat- sowie Umweltschutz. +

Pekings Ziel: Die Weltherrschaft

Shi Wu Fei
Taipeh

Seit den letzten Jahren verstärkt die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) ihre Unterwanderung und Beeinflussung der westlichen Staaten. Sie setzt gewaltige Ressourcen ein, um ihr Vorhaben zu verwirklichen: Die führende Weltmacht zu sein!

Symptomatisch für das verschiedenartige Vorgehen der Pekinger Machthaber ist das Verbot jeglicher Kritik und das Totschweigen bzw. die Diffamierung der Tibeter, der Uiguren, das Schicksal Hongkongs und die Taiwan-Frage. Diese sind «Volksfeinde», «behindern den Fortschritt der Menschheit und müssen mit allen Mitteln bekämpft werden». Zugleich wird das heutige China in Form der KPCh als Vorbild für alle Völker hochgelobt. Die Erfolge dabei sind wesentlich grösser als man bisher annahm, was durch weit verbreitete Unkenntnis der westlichen Politik über die zentrale Rolle der KPCh verstärkt wird.

Westliche Korrespondenten in Peking hören beim Visum-Antrag deutlich, dass man «ausgewogene» Berichterstattung erwarte; Gewährung oder Ablehnung sind dabei ein sehr wirkungsvolles Kontrollinstrument. Dieses Wohlverhalten wird oft eingehalten, um den Zugang zu China nicht zu verlieren. Nach dessen neuem «Sicherheitsgesetz» machen sich Ausländer, die in ausländischen Zeitungen kritisch über China schreiben, sogar «strafbar»! Namhafte Westblätter verbreiten oft als Beilage die «China Watch» (hinter der sich die KPCh-Auslandspropaganda verbirgt) – der Londoner «Daily Telegraph» erhält dafür jährlich 750'000 Pfund.

An westlichen Universitäten sollen Konfuzius-Institute vordergründig Sprache und Kultur Chinas vermitteln, primär aber propagieren sie die Werte der KPCh, werden sie doch zumindest zur Hälfte von Peking finanziert und existieren zu dessen Bedingungen. Um es sich nicht mit China zu verderben, um weiter dort zur Forschung einreisen zu dürfen, zeigen nicht wenige Universitäten sich leider nicht der Freiheit von Lehre und Forschung verpflichtet. Bedenklich ist, dass manche sogar chinesische Wissenschaftler zu ihren Laboratorien zu gemeinsamen Forschungsobjekten mit militärischem Nutzen einladen. Es ehrt die Universitäten Basel und Zürich mit ihrer Ablehnung solcher Institute.

Geht es nach dem Willen von Maos Nachfolgern, wird die Volksrepublik China bald das neue «Reich der Mitte». Foto: pixabay.com

Erfolgreichstes Vorgehen bietet der chinesische Markt, ein Magnet für ausländische Unternehmen. Deren Abhängigkeit wird indes von Peking als Waffe eingesetzt. Offenes Geheimnis ist, dass die damalige Kanzlerin Angela Merkel dem Gesetz, welches Huawei (dem grössten Hersteller von Telekommunikationsausrüstung) aus dem 5G-Netz angesichts Sicherheitsgründen ausgeschlossen werden sollte, aus Furcht vor einem Zerwürfnis mit China und der Verdrängung der deutschen Autoindustrie eine Absage erteilte. Auch in anderen Ländern fürchtet die Wirtschaft, Kritik ihrer Regierung könne sich negativ auf ihre Geschäfte auswirken. Dass dabei führende Industrie-Bosse oft jegliche Würde vermissen lassen, ist beschämend. Überaus skeptisch ist auch das Projekt «neue Seidenstrasse» zu bewerten, bei dem chinesischen Staatsbetriebe in westliche Flug- und Seehäfen investieren und dabei die Kontrolle über kritische Infrastrukturen anstreben. So ist Peking bereits heute Miteigentümer der Häfen Rotterdam, Antwerpen sowie einigen in Griechenland und Spanien. Bei ihrer Spionage setzen die KPCh-Geheimdienste primär Geld in hohen Beträgen ein. Keineswegs selten sind es auch sexuelle Verführungen, die bei manchen Botschaftern sich als erfolgreiches Mittel zur Erpressung erwiesen. Westliche Abwehrstellen schätzen die Zahl der Peking-Spione allein in Brüssel auf rund 250. +

Einladung zum Fachreferat

Peter Regli

Der Divisionär aD und ehemalige Chef des Schweizer Nachrichtendienstes spricht zum Thema:

«Die Ukraine, Putin und Xi – wie weiter?»

PRO LIBERTATE
www.prolibertate.ch

PIKOM
Parteiunabhängiges Informationskomitee
www.pikom.ch

- **Donnerstag, 4. Mai 2023, in Zürich**
  Restaurant Glockenhof, Sihlstrasse 31, 8001 Zürich
- **Mittwoch, 18. Oktober 2023, in Bern**
  Kaserne, Auditorium, Papiermühlestr. 13+15, 3000 Bern 22
  (im Navigationssystem eingeben: Kasernenstrasse 27)
- **Beginn jeweils: 18.45 Uhr Apéro, 19.30 Uhr Referat**

Gesellschaft

Albert Schweitzer und sein Spital in Lambarene

Christoph Wyss
Albert-Schweitzer-Werk (ASW),
www.albert-schweitzer.ch

Roland Wolf ist ein profunder Kenner des Albert-Schweitzer-Spitals in Lambarene in Gabun. Nach seinem Studium war er während sechs Jahren Gymnasiallehrer im zentralafrikanischen Land. Oft besuchte er das Spital in Lambarene und begann sich für Albert Schweitzer zu interessieren. Wolf wurde Mitglied im deutschen Hilfsverein für das Albert-Schweitzer-Spital und übernahm auch dessen Präsidium. Damit wurde er auch Mitglied in der Internationalen Spitalstiftung, die er von 2007 bis 2010 präsidierte. Während seiner zahlreichen Aufenthalte, als Stiftungsratsmitglied und auch als Reiseleiter mit interessierten Personen, lernte er das Spital, die Mitarbeiter, aber auch die auftauchenden Probleme ausgiebig kennen. Die wechselvolle Geschichte dieses Spitals hat Roland Wolf immer interessiert.

Mit dem vorliegenden Buch gibt uns der Autor einen einzigartigen Einblick in die lange Vorgeschichte, den ersten Aufenthalt 1913 und den stetigen Ausbau des Spitals bis zum Tode Schweitzers 1965.

In den Publikationen der europäischen Hilfsorganisationen wurde schon viel über die Entstehung des Spitals und das Verhältnis Schweitzers zur Pariser Mission publiziert. Es ist aber das erste Mal, dass ein Autor alle zur Verfügung stehenden Akten minutiös auswertet und sich ausführlich mit den Beziehungen zwischen Albert Schweitzer und der Pariser Mission beschäftigt.

Wohl waren die Probleme mit der Pariser Evangelischen Mission bekannt, die Schweitzer im Laufe der Jahre überwinden musste. Das Ausmass dieser Schwierigkeiten erstaunt jedoch auch die Kenner der Geschichte. In seinen Publikationen war Albert Schweitzer immer sehr zurückhaltend, wenn es um das Verhältnis zur Missionsgesellschaft ging.

Heute sind viele Archive erschlossen und für die Forschung zugänglich. So konnte Roland Wolf die Verhandlungen Schweitzers mit der Missionsgesellschaft Schritt für Schritt aufzeichnen. Seine Briefe an die Gesellschaft, ihre Antworten und Forderungen als auch die Protokolle der Missionskommission wurden mit Briefen an seine Frau Helene und Freunde verglichen. So ist es dem Autor gelungen, zum ersten Mal die «wirkliche» Geschichte des Spitals zu erzählen.

Für viele konservative Mitglieder der Missionsgesellschaft war Schweitzer zu liberal und sie hatten Angst, dass Schweitzer nicht nur als Arzt, sondern auch als Missionar tätig sein und ihrer Meinung nach den falschen Glauben verkünden würde. Der Geschäftsführer Boegner wie auch sein Nachfolger waren Schweitzer wohlgesinnt und so kam es, dass besonders konservative Mitglieder unter Protest aus dem Gremium zurücktraten.

Roland Wolf: «Albert Schweitzer und sein Spital in Lambarene – 60 Jahre unmittelbares menschliches Dienen», 240 Seiten, LIT Verlag Berlin/Zürich

ISBN 978-3-643-205032-2
Verkaufspreis: 32 Franken

Nach einer langen Vorgeschichte konnten Albert und Helene Schweitzer 1913 nach Lambarene auf die Missionsstation von Andende reisen und gemeinsam ihr erstes Spital aufbauen. Die Tatsache, dass das Ehepaar als Elsässer seit Beginn des Ersten Weltkriegs Probleme bekam, vereinfachte das Zusammenleben auf der Missionsstation nicht. Als sich Schweitzer 1923 entschied, wieder nach Lambarene zu gehen und das Spital weiterzuführen, ging der Disput mit der Missionsgesellschaft von neuem los. Wem gehört das Spital, wo genau soll es gebaut werden, damit es das Leben der Missionare und der Mission nicht stört? Als Schweitzer mit seinem Mitreisenden Noël Gillespie ankam, musste er feststellen, dass die Gebäude seines Spitals zusammengefallen waren. Parallel zum Spitalbetrieb mussten diese neu erstellt werden.

Die Versorgung der Patienten mit Nahrung bildete ein grosses Problem. So erwarb Schweitzer drei Kilometer flussaufwärts eine Konzession, auf der er Kochbananen und Maniok anpflanzen konnte. Bald schon erkannte er aber, dass er sich auf der Missionsstation nicht so entwickeln konnte, wie er sich dies wünschte und wie es die Situation erforderte. So entschied er sich, trotz viel Arbeit, auf der gekauften Konzession sein neues Spital zu erbauen, das er 1927 beziehen konnte. Zeit seines Lebens baute Schweitzer. Dabei konnte er auf bewährte Mitarbeiter wie Hans Muggensturm aus der Schweiz und auf den einheimischen Zimmermann und Freund Monenzali zählen. Das von Schweitzer erbaute Spital steht immer noch und kann besucht werden. Im Sinne des ersten Präsidenten Gabuns, Léon Mba, hat die Spitalstiftung das Spital als Erinnerungsstätte an das Wirken Albert Schweitzers renovieren lassen. +

Leserbrief

Für den Frieden braucht es alle

Seit Monaten wird unser Alltag vom Krieg und der Art, wie darüber berichtet wird, beherrscht. Die Berichterstattung ist geprägt von Kriegsrhetorik, die unsere Besorgnis nur noch weiter verstärkt. Gedanken und Gemüt werden von einer feindseligen Sprache vereinnahmt. Sanktionen und Waffenlieferungen führen immer weiter vom Friedensziel weg. Die Hoffnung und der Wille zum Frieden werden gelähmt. Seit Menschengedenken werden die Völker auf diese Weise in den Krieg geführt. Ein lösungsorientiertes Handeln sieht anders aus. Peter Maurer, der frühere Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) sagte kürzlich: «Diplomatie muss am aktivsten sein, wenn die Lage am hoffnungslosesten scheint». Dieser friedensorientierte Ansatz muss wieder zentraler Bestandteil der schweizerischen Aussenpolitik werden: Keine einseitigen Stellungnahmen und Verurteilungen und Handeln nur immer mit dem Ziel, dem Frieden eine Chance zu geben. Erinnern wir uns: Diplomatie und menschliche Vernunft verhinderten auch in der Kubakrise den atomaren Schlag-

Foto: pixabay.com

abtausch. Wir alle können dem Nebel des Krieges entgegentreten und entschlossen für den Frieden der Völker eintreten!

Ulrich Meister, Menziken AG

Schweiz-EU

Stimmrecht wegnehmen

Christoph Blocher
alt Bundesrat, Herrliberg ZH

Vor dreissig Jahren hatte das Schweizer Volk den Mut und die Kraft, den Beitritt unseres Landes zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) abzulehnen. Die Schweizer wollten keine automatische Übernahme von fremdem Recht und keine fremden Richter. Und schon gar nicht wollten sich die Bürgerinnen und Bürger das Stimmrecht wegnehmen lassen und ihre politische Meinung an Brüssel abtreten.

Doch der Bundesrat sprach am Abstimmungssonntag des 6. Dezember 1992 von einem «schwarzen Sonntag» – vom «dimanche noir». Die Classe politique hat die damalige Niederlage nie akzeptiert und ist auf ihrem Irrweg weitermarschiert. Bundesrat und Parlamentsmehrheit halten bis heute am EU-Beitrittsziel fest und akzeptierten ein geheim gehaltenes Verhandlungsmandat zu einem «institutionellen Rahmenvertrag», der – wie der EWR – auch wieder ein Kolonialvertrag werden sollte. Auch wurden bilaterale Verträge zum Schaden der Schweiz ausgehandelt.

Deshalb wollten Volk und Stände die schwerwiegenden Mängel der Personenfreizügigkeit korrigieren und stimmten am 9. Februar 2014 der Masseneinwanderungs-Initiative klar zu. Doch Bundesrat und Parlament weigern sich bis heute, die vom Schweizer Volk und den Kantonen beschlossene Verfassungsbestimmung gesetzgeberisch umzusetzen. Die Missstände der Zuwanderung dauern deshalb immer weiter an. Man hat den schweizerischen Rechtsstaat ausgeschaltet.

Warum wollen die Politiker, dass die EU – eine fremde Macht – hierzulande zum Gesetzgeber wird? Das Stimmrecht der Bürger ist ihnen lästig. Ihr Ziel ist es, dass sie machen können, was sie wollen. Und nicht das, was sie müssen. Die bange Frage lautet: Lassen es die Schweizer zu, dass ihnen die Politiker in Bern und Brüssel das Stimmrecht wegnehmen?

Wachsamkeit zur Wahrung der Selbstbestimmung im eigenen Land ist gefragt. +

Verteidigung

Erkenntnisse aus dem Ukraine-Krieg für die Schweizer Armee

Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)

Seit 1990 sind die Armeeausgaben kontinuierlich von jährlich 15,7 auf 6,8 Prozent der Bundesausgaben im 2019 gesenkt worden. Wurden 1990 noch 1,34 Prozent des Bruttoinlandproduktes (BIP) in die Armee investiert, betrug dieser Wert 2019 nur noch 0,67 Prozent. Mittlerweile sind Fähigkeitslücken entstanden, die schnellstmöglich geschlossen werden sollen. Das Parlament hat beschlossen, die Armeeausgaben bis 2030 schrittweise auf mindestens 1 Prozent des BIP zu erhöhen. Der Ukraine-Krieg hat für die Armee überdies nachfolgende wichtige Erkenntnisse geliefert.

Führung und Logistik: Eine zentrale Voraussetzung für jede militärische Aktion ist, dass Verbände Informationen in einem vernetzten Verbund zeitverzugslos austauschen und dass sie logistisch möglichst lange durchhalten können. Robuste, geschützte Kommunikationsmittel und eine funktionierende Logistik sind von existenzieller Bedeutung.

Luftverteidigung: Die Verteidigung muss fähig sein, mit Kampfflugzeugen und bodengestützter Luftverteidigung Angriffe aus der Luft abzuwehren oder diese einzuschränken. Dadurch werden Aktionen der eigenen Truppen ermöglicht und Infrastrukturen geschützt. Die ukrainische Luftverteidigung setzt Systeme kurzer bis langer Reichweite ein. Mit Luft-Boden-Feuer werden Schlüsselziele bekämpft, wichtige Sensoren ausgeschaltet und herannahende Verbände aufgehalten. Weitreichende Luft-Boden-Mittel werden von Russland aus auf wichtige Infrastrukturen und Schlüsselziele im Hinterland der Ukraine eingesetzt.

Panzerabwehr: Moderne Panzerabwehrlenkwaffen gehören zu den wichtigsten Mitteln des Verteidigers. Diese Waffen sind einfach zu bedienen und gegen mechanisierte Formationen sehr wirksam. Sie dienten vor allem in der Anfangsphase des Krieges dazu, die vorrückenden russischen mechanisierten Verbände in schwierigem Gelände abzunützen und die russischen Streitkräfte in ihrer Handlungsfreiheit einzuschränken.

Indirekte Feuerunterstützung: Rohrartillerie, Raketenartillerie, Mörser und bewaffnete Drohnen sind für beide Kriegsparteien von grosser Bedeutung. Die russische Armee bereitet praktisch jeden Vorstoss mit massiven Feuerschlägen vor. Die ukrainischen Streitkräfte setzen ihre Artillerie zur Rückgewinnung von Gelände und gegen Schlüsselziele in der Tiefe des Raumes ein. Eine wichtige Rolle für den Artillerieeinsatz und die Bekämpfung von Schlüsselzielen spielen bewaffnete und unbewaffnete Drohnen.

Mobilität: Es zeigt sich, dass kleine, geländegängige Gefechtsfahrzeuge in überbautem und bewaldetem Gelände weniger gut erkannt und bekämpft werden als schwere Mittel. Letztere werden auf beiden Seiten vor allem mit Drohnen rasch erkannt und mit Erfolg bekämpft. Für Angriffsaktionen zur Rückgewinnung von Gelände spielen aber der Schutzgrad und die Durchsetzfähigkeit der Gefechtsfahrzeuge eine grosse Rolle.

Durchhaltefähigkeit: Die Durchhaltefähigkeit wird massgeblich durch die Bevorratung von Material und Munition bestimmt, wozu eine geschützte dezentrale Infrastruktur notwendig ist. Ersatzgüter und zusätzliche Munition können im besten Fall von Partnerstaaten bezogen werden.

Der Krieg in der Ukraine liefert wichtige Erkenntnisse, was die Kriegführung angeht.
Foto: © VBS/DDPS

Kriegführung im urbanen Raum: Weil die Kriegführung vermehrt im urbanen Raum stattfindet, werden die dort lebende Zivilbevölkerung und deren Lebensgrundlagen auf Jahre hinaus massiv beeinträchtigt. Die aufgeführten Mittel und Methoden der Kriegführung (insbesondere jene der Artillerie bzw. indirekten Feuerwirkung) müssen deshalb jederzeit völkerrechtskonform eingesetzt werden können. Dies setzt eine entsprechende Ausbildung der Armee auf strategischer, operativer und taktischer Stufe voraus.

Cyber als Mittel der Kriegführung: Cybermittel werden in erster Linie zur Vorbereitung und Unterstützung militärischer Aktionen eingesetzt, mit zeitlich und schadenmässig limitierter Wirkung. Es geht primär darum, militärische Fähigkeiten der Gegenseite einzuschränken sowie der Wirtschaft und Gesellschaft zu schaden, um den Verteidigungswillen zu schwächen. Technologiefirmen spielen dabei eine zunehmend wichtige Rolle und arbeiten direkt mit Staaten zusammen. +

Impressum

Redaktion: Thomas Fuchs, 3018 Bern-Bümpliz. **Geschäftsstelle:** Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE, 3052 Zollikofen, Tel. 031 332 57 84, Fax 031 981 39 82, E-Mail info@prolibertate.ch, Website: www.prolibertate.ch. Abdruck mit Quellenangabe und Beleg erlaubt. Erscheint 6-8x jährlich. Leserzuschriften müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben. **Der Vorstand:** Grossrat, Stadtrat und alt Nationalrat Thomas Fuchs (Präsident), 3018 Bern-Bümpliz; Grossrat und Stadtrat Dr. iur. Patrick Freudiger (Vizepräsident), 4900 Langenthal; Marcel Bieri (Kassier), 3052 Zollikofen; Jürg Stauffer (Sekretär), 3063 Ittigen; Stadtrat Janosch Weyermann (Beisitzer), 3018 Bern, Grossrätin und Stadträtin Sandra Schneider (Beisitzerin), 2502 Biel/Bienne.
Wir danken Ihnen für Ihre Spende auf PC 30-26847-0 (IBAN CH23 0900 0000 3002 6847 0) oder auf das WIR-Konto IBAN CH43 0839 1260 7737 7000 0.

Hoher Kasten, Appenzeller Alpen

Der Hohe Kasten (1793 m ü. M.) liegt im Alpstein auf der Kantonsgrenze zwischen St. Gallen und Appenzell Innerrhoden. Über dem St. Galler Rheintal gelegen, bildet der Berg das Eingangstor in die Schweizer Alpen. Der Hohe Kasten wird auch als der «Rigi der Ostschweiz» bezeichnet. Foto: David Herzig

PRO LIBERTATE wünscht Ihnen alles Gute für 2023!

Der Krieg in Osteuropa und der Konfliktherd auf dem Balkan machen deutlich: Freiheit, Demokratie und Menschenwürde sind keine Selbstverständlichkeit. PRO LIBERTATE setzt sich für eine sichere Schweiz in Freiheit ein. Wir engagieren uns aktiv bei Wahlen und Abstimmungnen und bringen Schweizer Geschichte näher – denn nur wer seine Wurzeln kennt, kann seine Zukunft aktiv gestalten.

Wir danken Ihnen herzlich für Ihre Treue und Unterstützung im neuen Jahr!

Die Bestrebungen und Ziele von PRO LIBERTATE für die Erhaltung und die Förderung einer «gesunden» Schweiz interessieren mich!

Ich/wir unterstütze(n) PRO LIBERTATE:

- ☐ **als Mitglied**
  Jahresbeitrag Fr. 40.–, Ehepaar Fr. 60.–
- ☐ **als Gönner**
  Jahresbeitrag Fr. 100.–
- ☐ **als Sympathisant**
  Beitrag nach freiem Ermessen

Foto: © VBS/DDPS

Literatur* zum Bestellen – bitte senden Sie mir:

..... Expl. **«Albert Schweitzer und sein Spital in Lambarene»** zum Preis von 32 Franken
..... Expl. **DVD «Das Réduit – Geschichte von 1939 bis 1945»** zum Preis von 24 Franken
..... Expl. **USB-Stick «Das Réduit – Geschichte von 1939 bis 1945»** zum Preis von 24 Franken
..... Expl. **«F-35A» – Faktenblatt zum neuen Kampfflugzeug** (kostenlos)
..... Expl. **«Operationsziel Schweiz»** zum Spezialpreis von 29 Franken (statt 39 Franken)
..... Expl. **«Wie sich die Schweiz rettete»** zum Spezialpreis von 49 Franken (statt Fr. 79.–)
..... Expl. **General-Guisan-Gedenkmünze: «Ernennung zum General vor 80 Jahren» inkl. Broschüre** zum Spezialpreis von 25 Franken
..... Expl. **«Freier Fels in brauner Brandung»** zum Spezialpreis von Fr. 29.– (statt Fr. 39.–)
..... Expl. **«Mein Leben im Schatten der Berliner Mauer»** zum Preis von 8 Franken
..... Expl. **«Schweizer Armee – Tauglich für den Verteidigungsfall oder teure Luftschloss-Armee?»** zum Preis von 8 Franken
..... Expl. **«Schweizer Billig-Armee – im Hybrid-Modus von Bundesrätin Viola Amherd»** zum Preis von 8 Franken
..... Expl. **«Marignano 1515–2015»** zum Sonderpreis von 29 Franken
..... Expl. **«Pour le Mérite – Der unglaubliche Werdegang der Sophie Töpfer»** zum Preis von 29 Franken
..... Expl. **«Graue Sequenz – Episoden des Kalten Krieges»** zum Preis von 19 Franken
..... Expl. **«Fauvette – Die stille Front»** zum Preis von 9 Franken
..... Expl. **«Nacht und Licht»** zum Spezialpreis von 25 Franken (statt 35 Franken)
..... Expl. **«Die Gotteskrieger – Die unterschätzte Bedrohung»** zum Preis von 8 Franken
..... Expl. **«Christen und Muslime in einer Demokratie. Geht das?»** zum Spezialpreis von 24 Franken (statt 30 Franken)
..... Expl. **«Identität Schweiz»** zum Preis von 10 Franken

**zzgl. Porto und Verpackung*

Vorname, Name _____

Adresse _____

PLZ, Ort _____

Telefon _____

Datum _____

Unterschrift _____ 1/23

Einsenden an:
PRO LIBERTATE
3052 Zollikofen
oder per Email:
info@prolibertate.ch
www.prolibertate.ch